

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Berner Schulblatt**

Band (Jahr): **53 (1920)**

Heft 1

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Berner Schulblatt

Organ der fortschrittlich gesinnten bernischen Lehrerschaft
Erscheint jeden Samstag einen Bogen stark
Monatsbeilage: „Schulpraxis“

Redaktor für das Hauptblatt:
Sek.-Lehrer **E. Zimmermann**
in Bern, Schulweg 11

Chefredaktor für die „Schulpraxis“: Schulvorsteher **G. Rothen**,
Bundesgasse 26, Bern
Mitredaktor: Schulinspektor **E. Kasser**, Bubenbergstr. 5, Bern

Abonnementspreis für die Schweiz: Jährlich Fr. 7.50; halbjährlich Fr. 3.75; dazu das Nachnahme-Porto; durch die Post bestellt Fr. 7.70 und Fr. 3.95. **Einrückungsgebühr**: Die einspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 20 Rp. (20 Pfg.). Bei Wiederholungen grosser Rabatt. **Sekretariat, Kassieramt und Inseratenwesen**: Fr. *Leuthold*, Lehrer in Bern.

Inhalt: Einladung zum Abonnement. — Zum Jahreswechsel. — Ein Kapitel zum Nachdenken. — Idealist oder Materialist. — Ein neues Entlohnungssystem. — Schulnachrichten. — Literarisches.

Einladung zum Abonnement.

Das Redaktionskomitee des Berner Schulblattes ladet die bisherigen Leser des Blattes ein, dem Schulblatt auch im neuen Jahre treu zu bleiben und durch Abonnement und Mitarbeit die Redaktion wie bis dahin zu unterstützen. Werbet dem Schulblatt auch neue Leser und Freunde! Die kommenden Jahre werden der bernischen Lehrerschaft noch schwere Arbeit bringen, und ein entschlossenes, festes Zusammenhalten ist nötiger als je. Trotz der Schwere der Zeit darf sich der Lehrer das ja nicht so grosse finanzielle Opfer für sein Blatt nicht reuen lassen; er weiss, dass er damit auch etwas beiträgt zur Förderung der bernischen Schule und Lehrerschaft.

Glückauf zum Neuen Jahre!



Das Redaktionskomitee.

Zum Jahreswechsel.

Das Jahr 1919 hat die Hoffnungen nicht erfüllt, die jedermann auf das erste Friedensjahr gesetzt hatte. Wenn während des nicht endenwollenden Krieges die Aussichten jeden Tag trüber und finsterner wurden, so leuchtete durch das Dunkel doch immer ein lichter Stern: der Friede, und er blinkte Millionen von Menschen verheissungsvoll zu, dieser einzige helle Punkt am sturmschwarzen Himmel. Einmal musste doch das Morden und Zerstören, das Plündern und Sengen, das Darben und Hungern, das Hassen und Lügen aufhören; der Friede musste zurückkehren und sein Zauberlanz musste genügen, um alles wieder herzustellen, wie es einmal gewesen war, wie es so unendlich schön in der Erinnerung lebte. Nun hat das verflossene Jahr den heissersehnten Frieden gebracht, aber er hat nicht erfüllen können, was die Menschheit von ihm begehrte. Aus allzu vielen Wunden blutet das alte Europa, wildes Fieber rast noch durch seinen Körper. Quacksalber und Kurpfuscher umstehen sein Lager, aber der rettende Arzt fehlt, der mit sicherem Blick die Krankheit erkennt, mit geschickter Hand eingreift und Linderung und Genesung bringt. Weder der Sieger noch der Besiegte können sich des Kriegsendes freuen. Vierundeinhalbes Jahr lang hat Europa, hat die gesamte Erde ihre ganze Kraft aufgewendet, um den Krieg zu erhalten; alles, was die fünf Erdteile in angestrengtester Tätigkeit schaffen konnten, wurde wie im Irrsinn in das lohende Feuer des Krieges geworfen, das unbarmherzig alles frass: Menschen und Tiere, Holz und Erze, Waffen und Maschinen, Schiffe und Bahnen, Kleidung und Nahrung. Und als die Menschheit aus dem wahnsinnigen Traume zur Wirklichkeit erwachte, da sah sie sich der erbarmungslosen Not gegenüber. Der früher gewohnte, selbstverständliche Überfluss ist verschwunden; das Gespenst des Hungers wandert durch die öden Städte und vernichtet endgültig, was der Krieg verschont hat. Und wenn auch der Sieger, der sich beim Friedensschluss, so weit es ihm möglich war, in den Besitz von Rohstoffen und Produkten setzte, etwas besser gestellt ist, so ist auch seine Siegerfreude keine ungetrübte. Auch sein Kredit ist erschöpft; der Wert seines Geldes sinkt; auch ihm drohen Unruhen und Revolutionen, hier im Mutterland, dort in den Kolonien, und der Völkerbund, den die Sieger geschaffen, ist für einstweilen noch ein Zerrbild von dem, was sich ideale Träumer ersehnten.

Unser Vaterland, vom Kriege verschont geblieben, hat auch unter seinen Folgen weniger zu leiden. Unsere Volkswirtschaft hat weniger gelitten; unsere besten Arbeitskräfte ruhen nicht in den Massengräbern der zahllosen Schlachtfelder; unsere Städte sind nicht zerstört, unsere Felder sind nicht zerrissen; unsere Eisenbahnen fahren und unsere Fabrikschlote rauchen. Doch Not und Teuerung sind nicht an uns vorbeigegangen und haben Sorge und Kummer auch bei uns heimisch gemacht; auch bei uns steht dem bedrückten Armen der übermütige Reiche gegenüber; auch in unsern Städten sieht der fleissige Arbeiter mit Grimm ein freches Gesindel sich breit machen, das aus seinem Schweisse und aus seiner Not sich ein Schlemmerdasein ergaunert. Auch bei uns sind die Gegensätze schärfer geworden, nicht nur zwischen Arm und Reich, auch zwischen Stadt und Land. Bauer und Arbeiter, die doch im Grunde zusammengehören, wollen sich nicht verstehen. Statt Hand in Hand wider das markaussaugende Drohmentum zu streiten, bekämpfen sie sich gegenseitig zur grossen Freude ihrer Ausbeuter. Von der Not der Zeit gezwungen, ist der Kulturstaat, auf den wir so stolz waren, wieder zum Polizeistaat herabgesunken. Vorschriften, die an die Mandate früherer Jahrhunderte erinnern, regelten und regeln zum Teil noch

heute das Leben des Bürgers bis in die kleinste Kleinigkeit hinein. Milch und Käse, die ureigensten Produkte unseres Landes, sind heute noch rationiert; vorgerechnet wird nicht nur, wie viele Zentner Kohlen man sich erwerben darf, sondern es wird auch vorgeschrieben, wie manches Zimmer zu heizen sei und welche Höhe die Temperatur des geheizten Zimmers betragen dürfe. Leider macht sich der Polizeistaat aber nicht nur in dieser unschuldigen Form geltend. Das stolzeste Recht unseres Staates, zu dessen Verteidigung die Schweiz mehr als einmal im Begriffe war, die Waffen zu ergreifen, ist bedroht, das Asylrecht. Zwar nicht das Asylrecht für die gekrönten Flüchtlinge und ihre Trabanten, diesen öffnen sich die Tore unseres Schweizerhauses sehr gastlich, und devote Gemeinden schenken ihnen sogar das Bürgerrecht — wohl aber wird das Asylrecht verweigert dem ausländischen Arbeiter, wenn dessen politische Ideen sich nicht ganz mit denen des Polizeigewaltigen decken. Aufgeben des Asylrechtes war in unserer Geschichte aber immer ein Merkzeichen der Reaktion und leider werden diese Zeichen noch verdeutlicht durch das Ergebnis der Wahlen in den Nationalrat und in den Bundesrat.

Zeiten des politischen Stillstandes oder des Rückschritts sind aber der Schule nicht förderlich. Der Weltkrieg mit allen seinen Begleiterscheinungen hat die Schäden der alten Schule aufgedeckt; Aufgabe der Friedenszeit müsste es nun sein, diese Gebrechen zu heilen, den neuen Aufbau der Schule zu bringen. Die einsetzende Reaktion wird aber diese Reorganisation nicht fördern. Da die Schule Sache der Kantone ist, so wird sich zudem die Entwicklung sehr verschieden gestalten, verschieden in der Form wie im Zeitmass. Der Kanton Bern hat sich bei Einführung von Neuerungen selten durch ein besonders rasches Tempo ausgezeichnet, er wird es auch dißmal nicht übertreiben. Immerhin sind einige bemerkenswerte Anfänge schon gemacht. Das zunächst Dringendste, die Reform der Lehrerbesoldungen, ist auf guten Wegen und wird in kurzer Zeit die zweite Beratung im Grossen Rate passieren. Sie wird durch eine bessere Angleichung der Besoldungen an die veränderten Lebensverhältnisse dafür sorgen, dass der Lehrer sich seinem Amte widmen kann, ohne durch die fortwährende Sorge um das tägliche Brot davon abgelenkt zu werden. Sie wird das Fundament schaffen, auf dem weiter aufgebaut werden kann. Denn die Leistungen der Schule sind abhängig von der Tüchtigkeit und Arbeitsfreudigkeit des Lehrers und diese dürfen eine standesgemässe Besoldung als Voraussetzung verlangen. Die Durchführung des Besoldungsgesetzes wird die nächste Hauptaufgabe der bernischen Lehrerschaft sein. Ist das Gesetz angenommen und in Kraft erklärt, dann werden die Statutenrevision der Lehrerkasse und die Aufstellung der Statuten der Mittellehrerkasse neue Arbeit bringen und wohl manchen Gemütesturm verursachen. Die Witwen- und Waisenkasse der Mittellehrer wird liquidiert werden müssen, und auch die Stellvertretungskasse für Mittellehrer wird sich auf Grund der veränderten Verhältnisse neu organisieren müssen. Daneben wird die Lehrplanfrage im Vordergrund des Interesses stehen, zunächst diejenige für die Primarschule. Die Arbeit ihrer Kommission hat schon einige schöne Früchte gezeitigt und wird im neuen Jahre auch nicht unfruchtbar sein. Die Durchführung der Besoldungsreform und die Lehrplanfrage werden so viel Arbeit geben, dass an eine Inangriffnahme der Schulgesetzreform in diesem Jahre kaum gedacht werden kann. Man wird sich darauf beschränken müssen, in den Sektionsversammlungen des Lehrervereins über einige Grundlinien zu referieren und zu diskutieren. Dem Bernischen Lehrerverein wird das neue Jahr wohl die wichtige Arbeit der Statutenrevision bringen, sind doch die alten Satzungen von der Zeit überholt

worden. Die Zusammensetzung des Kantonalvorstandes, die Präzisierung der Stellung der einzelnen Mitglieder zum Verein und seinen Sektionen, die Schaffung eines eigentlichen Vereinsorganes, der Anschluss an den Gewerkschaftsbund werden hier einige Hauptpunkte der Diskussion bilden.

So dürfen wir bernische Lehrer immerhin getrost in das neue Jahr blicken: Es bringt uns Arbeit genug und wird uns nicht einrosten lassen. Die Arbeit wird nicht immer leicht sein, Widerstände von allen Seiten werden sich merkbar machen. Bleiben wir aber einig, halten wir das Hauptziel fest im Auge: „Vorwärts, für Schule und Lehrerschaft“, dann werden wir es schon schaffen.

Ein Kapitel zum Nachdenken

findet sich in dem wundersamen Roman „Zielsucher“, den uns der Verlag Huber & Cie. in Frauenfeld aus der Feder einer Begnadeten auf den Tisch legt. Martha Niggli weist sich da als sublimen Seelenkennnerin aus, die jedem Erzieher etwas zu sagen hat. Es ist eine Fabrikantenfamilie, in deren Häuslichkeit wir geführt werden. Die Mutter ist eine feinsinnige Frau, „der man alles sagen darf“, wie der Knabe Walter seinem Freunde bemerkt. Der Junge geht in die Schule zu einem sehr verständigen alten Lehrer. Walter glänzte nicht durch besondere Leistungen. Es gab Schüler, die besser rechneten und besser lasen als er, solche, für die und deren Eltern es nun durch acht lange Jahre nichts anderes mehr gab, als das Schulbuch und die Zeugnisnoten. Und wenn der Lehrer im Anschauungsunterricht die Tabellen brachte, die er nach Vorschrift des Lehrplans mit seinen Schülern durchzunehmen hatte, so blieb der Knabe Meinen stumm. „Die Kuh ist ein Haustier. Die Kuh ist gross und dick. Die Kuh lebt im Stall. Die Kuh liefert uns Milch und Fleisch.“ Das waren Sätze, die man in der Schule lernen musste, damit man sie am Examen an die Tafel schreiben konnte und daraus sich eines jeden Festigkeit in der Orthographie erwies.

Wenn der Knabe seine Tafel heimbrachte und darauf stand: „Das Pferd ist ein Haustier. Et hat vir füse und ein Schwanz. Es zit unz den Wagen und den Flug“, so schüttelte Rudolf Meinen, der Vater, lachend den Kopf und sagte: „Walter, Walter, du bist gar kein Wunderkind, sondern eigentlich ein ganz gewöhnlicher Mensch, der vernünftigerweise seine Fehler macht wie andere auch.“ Und zur Mutter gewandt: „Meinst du nicht auch, Frau Mama?“

Aber Frau Elisabeth erwiderte nichts, sondern sah ihren Mann voll guter Liebe an und sah ihren Sohn an mit einem Blick, in dem noch etwas anderes als Liebe lag.

Doch als der Lehrer eines Tages eine neue Tabelle brachte, darauf weder eine Kuh noch ein Pferd, noch ein Kaninchen oder Schwein gemalt war, sondern ein Vögelchen mit roter Brust, das auf einem Baumast sass und sang, da sagte Walter Meinen laut und vernehmlich: „Ich habe aber schon echte Rotkehlchen gesehen.“ „Wo denn?“ fragte der Lehrer.

Der Knabe Meinen stand nicht auf, sondern dachte nur an sein Erlebnis.

„Es war einmal im Frühling und ganz früh am Morgen. Da ging ich mit meiner Mutter in den Wald. Es war ganz schön und sonnig und wir sahen uns alle Vögel an, die im Gebüsch und in den Bäumen herumflatterten. Da hatten einmal zwei Rotkehlchen miteinander einen Kampf. Sie schrien und piepten und pickten aufeinander los und taten so wild, dass beide bluteten und eines zuletzt zu Boden sank und bald tot war. Das, welches den Kampf gewonnen hatte, flog

darauf zu einem andern Vögelchen, welches auf einem Baumast sass und dem Streit zugesehen hatte. Sie flogen um einander herum und zwitscherten und taten so wild. Ich dachte, die beiden würden nun auch miteinander kämpfen. Aber ich sah bald, dass sie nur aus Freude so taten, und bald flogen sie davon in einen dicken Busch hinein.

Mutter sagte mir dann, die beiden ersten Rotkehlchen seien Männchen gewesen, und die haben um das Weibchen gekämpft, das auf dem Baumast sass. Denn im Frühling will jedes Männchen bei den Rotkehlchen ein Weibchen haben und mit ihm ein Nest bauen, und das Weibchen muss Eier hineinlegen, und dann brüten sie sie zusammen aus. Wenn sie das nicht machen täten, so würde es zuletzt gar keine Rotkehlchen mehr geben, denn jedes Jahr sterben sehr viele von den alten. Weil es aber bei den Vögeln viel mehr Männchen gibt und doch jedes Männchen ein Weibchen haben will, so kämpfen sie oft zusammen, und die Mutter hat gesagt, sie kämpfen so lange, bis eines tot ist.“

Der Lehrer hatte den Knaben sprechen lassen und hatte voll Verwunderung in Gedanken den Kopf geschüttelt und dachte nun bei sich: „Was für Dinge erzählt diese Mutter ihrem Knaben! ...“ Und von dem Knaben dachte er: „Was soll ich da machen? Einmal ist er stumm und einmal hat er die Beredsamkeit eines Cicero. Es ist wahr, etwas Ausserordentliches liegt in diesem Knaben.“

Und zwei Jahre später, als der gute Lehrer trotz seiner Güte um der Form willen einen Unschuldigen strafen wollte, da der Schuldige es verstanden hatte, den Verdacht auf einen andern zu lenken, da hatte der alte Mann wieder Gelegenheit, sich über den Meinenschen Jungen zu wundern. Denn der Knabe, der sonst so ruhig war, stand plötzlich mit glührotem Gesicht vor dem Exekutor:

„Nein, Herr Frising, wenn er's doch nicht getan, so dürfen Sie ihn nicht strafen.“ Der Lehrer liess vor Verblüffung die Hand sinken. „Aber er hat es doch getan, wenn er auch leugnet.“

„Wenn er nicht von selbst ja sagt, so darf man ihn nicht strafen“, beharrte der Knabe furchtlos.

„Wen soll ich denn strafen?“ fragte der alte Mann traurig und entmutigt.

„Niemanden, wenn man es nicht sicher weiss.“

Und der Lehrer entliess seine Schüler mitten in der Stunde, ohne ein Wort zu sagen und blieb selbst nachdenklich am Pult sitzen ...

Einen Kommentar zu dieser Stelle zu schreiben, hiesse sie verderben und abschwächen.

H. M.

Idealist oder Materialist.

„Der bekehrte Bekehrer“ F. B. hat in Nr. 51 des Berner Schulblattes seinen Kropf geleert, wie wir Oberländer sagen und muss nun gewärtigen, vom Materialisten aus seinem Wolkenfluge heruntergeholt zu werden.

Sein Luftschiff trägt aber eine so wunderbare, mir im Innersten des Herzens nachklingende Aufschrift, dass es mir unmöglich wäre, die Sehne zu spannen, um dem graubärtigen Luftschiffer etwas Böses zuzufügen. Sie lautet:

„Je mehr wir von dem Zwange beengender Brotsorgen entlastet werden, desto verheissungsvoller tut sich das weite Gebiet der Erziehung vor uns auf und ladet ein, darin zu wirken mit voller Kraft.“

Diesen Satz sollte der Lehrerverein drucken lassen und jedem stimmfähigen Bürger auf den Weihnachts- oder Neujahrstisch legen. Vielleicht würde das bewirken, dass wenigstens hie und da einer darüber nachdächte, ob nicht etwas Wahres daran sein könnte.

Herr F. B. denkt gross von dem Berufe eines bernischen Erziehers und weiss auch, dass Brotsorgen hemmend auf die Ausübung desselben einwirken. Er weiss aus Erfahrung, dass die Lehrerschaft vielerorts bis heute wahre Hungerlöhne bezog und sich nur durch fortgesetztes „Rakkern“ über Wasser halten konnte. Herr Gnägi bezeichnete im Grossen Rat den Zustand treffend als eine „Schmach“ der freisinnigen Wirtschaft.

Nun ist das neue Besoldungsgesetz in Sicht. Die Besoldungsansätze sind mit Rücksicht auf die kolossale Teuerung aller Lebensmittel und der Geldentwertung bescheidene zu nennen. Wenn auch einzelne Posten etwas heruntergehen, so wird auf der ganzen Linie wenigstens ein hundertprozentiger Aufschlag bleiben.

Angesichts dieser Perspektive konnte ich mir in meinem materialistischen Kopfe nicht recht klarlegen, wie man einen Grund finden könnte, um zu erklären: Mein Beruf gibt mir nun die Mittel, um mit meiner Frau und meinen vier Kindern ehrlich durch die Welt zu kommen, ohne nebenbei etwas zu verdienen. Wer es kann, soll es tun. Aber gefährlich wäre es, mit diesem Mittel denjenigen Kollegen, welche auch in Zukunft die bittere Notwendigkeit zum Nebenerwerb treibt (Landwirtschaft, Privatunterricht usw.) ihre Einnahmen zu schmälern.

Die Lehrer entstammen meistens Kreisen, in denen man von Überfluss und irdischer Wollust nichts weiss. Viele haben noch für betagte Eltern oder bedürftige Verwandte zu sorgen, und in gar mancher Lehrersfamilie hält der Storch im Verhältnis zu den Ansätzen des neuen Besoldungsgesetzes (von der alten „Schmach“ gar nicht zu reden) trotz des modernen Einkindersystems zu häufig Einkehr.

Solange das Zölibat der Lehrerschaft im Schulgesetz nicht aufgenommen ist, hat der Lehrer wie jeder andere Familienvater dafür zu sorgen, dass seine eigenen Kinder so erzogen und ausgerüstet werden, dass sie sich später in der „liebearmen Welt“ zurechtfinden. Nach vielfachen Erfahrungen ist es für diese vorteilhaft, wenn sie neben der Schule in nützlicher, praktischer Arbeit betätigt werden.

Herr F. B. hat sich in fremder Pädagogik umgesehen und möchte, dass auf diesem Gebiete ein Mehreres geschehen könnte. Auch ich wäre dafür, dass es bei der Wahl eines Lehrers heissen könnte: „Hat in Bern, Paris, Jena und Heidelberg studiert.“ Das gäbe dem Lehrerstande einen ganz andern Nimbus, als wenn es jeweilen heisst: Oberkrampfigen, Jakob Schmal, patentiert 1912, provisorisch.

Aber da müssten die Lehrer in der Auswahl ihrer Eltern vorsichtiger sein, und dann wären die vorgesehenen 3500 Minimalfränklein anzusehen als bescheidenes Taschengeld.

Und könnte nicht auch der Fall eintreten, dass wir uns vom Auslande das Schlechte, weil in die Augen Springende aneignen würden, wie mir ein waschächter Preusse, dessen fünf Brüder im Felde standen, von unserer Nachäffung des preussischen Militärsystems bekundete. Zudem kann man auf einen Holzapfelbaum keine Orangenreiser pflanzen, ohne bittere Erfahrungen machen zu müssen.

Im übrigen bin ich — ich treibe neben dem Lehrerberuf nur etwas Bienenzucht — trotz meiner materialistischen Weltauffassung mit Herrn F. B. total einverstanden und unterschreibe jeden Satz seines idealen Wolkenfluges. Hoffent-

lich wirkt dieses Bekenntnis wie Balsam auf die ihm seinerzeit unabsichtlich geschlagene Wunde.

Um den Dollar dreht sich leider die Welt; honny soit qui mal y pense.
Der ungläubige Thomas.

Ein neues Entlöhnungssystem.

Die Frage, nach welchen Grundsätzen die Besoldungen berechnet werden sollen, ist in den Kreisen der bernischen Lehrerschaft in jüngster Zeit viel diskutiert worden, und es wird noch zu mancher Redeschlacht kommen, bis entschieden ist, ob „gleiche Arbeit, gleicher Lohn“ allein ausschlaggebend sein sollte, oder ob nicht vielmehr auch die sozialen Verhältnisse, besonders der Familienstand des Lohnnehmers berücksichtigt werden müssen. Die letztere Ansicht scheint nach und nach Boden zu gewinnen und es mag interessieren, dass heute auch von den industriellen Arbeitgebern dieser Frage Aufmerksamkeit geschenkt wird und dass schon Versuche gemacht werden, das bisherige Lohnsystem, wenn auch noch nicht zu ersetzen, doch zu ergänzen. Die „Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung“ schreibt darüber wie folgt:

Die durch den Krieg verursachten furchtbaren Menschenverluste haben nun in Frankreich dazu geführt, für die Lösung der Frage, wie die natürliche Vermehrung der Bevölkerung zu heben sei, einen neuen Weg einzuschlagen. Man glaubt, durch eine Änderung des Entlöhnungssystems ein Mittel gefunden zu haben, der Lohnarbeiterschaft eine zahlreiche Familie wieder erwünschter als bisher erscheinen zu lassen. Professor Max Turmann berichtet in der „Journée industrielle“ vom 30. November über einen interessanten Versuch in dieser Richtung.

Auf Anregung eines früheren Fabrikanten, Louis Dechamps, wurde am 27. Juli dieses Jahres in Rouen eine Vereinigung unter dem Namen Caisse patronale sursalaire familiale (C. P. S. F.) gegründet, die sich zum Ziel setzt, jedem Arbeiter der dem Verband angeschlossenen Betriebe auf seinen Wunsch eine nach der Kinderzahl abgestufte Familienzulage zu seinem gewöhnlichen Zeit- oder Stücklohn zu gewähren. Die Mittel dazu werden durch eine von den Verbandsfirmen bezahlte Umlage in Höhe von 2% der letztjährigen Lohnsumme aufgebracht. Zurzeit stehen etwa 2900 Arbeiterfamilien auf Grund einer Lohnsumme von insgesamt 39 Millionen Franken im Genuss dieser Familienzulagen. Jede der C. P. S. F. beitretende Firma hat ferner ein Eintrittsgeld in Höhe eines Jahresbeitrages zu entrichten. Die Höhe der Familienzulage beträgt

für Familien mit Kindern	jährlich
1	Fr. 120
2	„ 300
3	„ 540
4	„ 840
5	„ 1140
6	„ 1440
7	„ 1740
8	„ 2040

Die Auszahlung der Zulagen erfolgt unmittelbar durch den Arbeitgeber selbst bei der ordentlichen Ablöhnung. Jeder Arbeiter erhält eine Ausweiskarte

über seine Berechtigung zum Bezug der Zulagen, auf der selbstverständlich Änderungen im Familienstande jederzeit nachgetragen werden müssen. Die vom Arbeitgeber ausbezahlten Familienzulagen werden alljährlich auf Grund der Lohnlisten mit der an den Verband abzuführenden Umlage verrechnet, so dass ein Unternehmer, der viele kinderreiche Arbeiter beschäftigt, unter Umständen mehr von der Verbandskasse zurückerstattet erhält, als er an sie zu zahlen hat.

Unleugbar vermeidet dieses System der nach dem Familienstand abgestuften Lohnzulagen die Mängel, die mit einer ausschliesslichen Entlohnung nach der Kinderzahl verbunden wären, zum guten Teil. Dem Arbeitgeber bleibt es unbenommen, wie bisher am Stücklohn oder einer andern Art der Lohnberechnung, die sich auf die Leistungen des Arbeiters gründet, festzuhalten. Die Gefahren, die mit der ausschliesslichen Entlohnung nach Massgabe der Kinderzahl untrennbar verknüpft sind (einerseits Benachteiligung der Betriebe, die Arbeiter mit zahlreichen Familien beschäftigen, in ihrer Konkurrenzfähigkeit; anderseits Schaffung eines Anreizes, so viel wie möglich kinderlose und daher billige Arbeitskräfte zu beschäftigen) sind bei diesem neuen System zum grossen Teil ausgeschaltet. In der Hauptsache kann der Unternehmer nach wie vor bei der Lohnfestsetzung auf die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters, die allgemeine Lage seines Industriezweiges und alle bisher ausschlaggebenden Faktoren abstellen. Der Anreiz für den Arbeiter, seine Leistung auf das höchstmögliche Mass zu steigern, der bei der ausschliesslichen Entlohnung nach der Kinderzahl fortiele, bleibt bestehen; anderseits aber erhält der tüchtige Arbeiter, der freiwillig die Mühen und Lasten einer zahlreichen Familie auf sich nimmt, eine entsprechende Zulage, die ihn wenigstens teilweise für seine finanziellen Mehraufwendungen entschädigt.

Man kann gespannt darauf sein, wie sich dieses zweifellos geschickt ausgedachte Entlohnungssystem auf die Dauer in der Praxis bewährt.

Schulnachrichten.

Der Lehrerkonflikt in Bern geht seinem Ende entgegen. Die Verhandlungen mit dem Gemeinderat sind wieder aufgenommen worden und werden wohl noch im alten Jahr zu einem Ergebnis führen. Wenn die erste Nummer des neuen Jahrganges in den Händen der Leser liegt, wird unser Streit schon der Vergangenheit angehören. Wir werden in der nächsten Nummer die Bedingungen, unter denen die Einigung erfolgte, bekanntgeben können.

Grosser Rat des Kantons Bern. Montag, den 19. Januar beginnt die ausserordentliche Session des Grossen Rates, in welcher das Lehrerbesoldungsgesetz zur zweiten Lesung kommen wird.

Jura. Als Mitglieder der Seminarkommission für den Jura sind vom Regierungsrat die bisherigen wiedergewählt worden, nämlich: Chavannes in Pruntrut (Präsident), A. Hof in Delsberg, E. A. Baumgartner in Biel, Gylam in Corgé-mont und E. Poupon in Pruntrut.

Burgdorf. Die ausserordentliche Gemeindeversammlung vom 22. Dezember bewilligte der Lehrerschaft Teuerungszulagen pro 1919 und zwar Fr. 1000 für verheiratete Primar- und Mittellehrer, Fr. 800 für Ledige und Fr. 700 für Lehrerinnen. Zur Erlangung von Projekten für das neue Sekundarschulhaus und

eine Turnhalle wurde ein Kredit bewilligt und auf Wunsch der Turnerschaft wurde der Gemeinderat eingeladen, die Frage zu prüfen, ob der Bau der Turnhalle nicht schon im Frühling 1920 in Angriff genommen werden könne.

Aargau. Das Lehrerbesoldungsgesetz wurde mit 30,702 gegen 14,164 Stimmen in allen Bezirken angenommen.

Zürich. Die städtische Schulverwaltung hat eine städtische Zentralstelle für Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung geschaffen, die in Verbindung mit den andern Beratungsstellen (Amtsvormundschaft, Lehrlingspatronat und Arbeitsamt) die städtischen Schulentlassenen planmässig in das Erwerbsleben einführen will und ihnen gute Lehrstellen zu verschaffen versucht.

Uri. Der Landrat hat der Lehrerschaft an den Primarschulen eine Nachteuerungszulage von Fr. 400 für Verheiratete und Fr. 200 für Ledige bewilligt.

Thurgau. Lehrerstreik in Steckborn. Die Gemeinde Steckborn hat wiederholt den Vorschlag für weitere Teuerungszulagen zugunsten der Lehrerschaft abgelehnt, obschon die Besoldungen ihrer Lehrer hinter denjenigen kleinerer ländlichen Gemeinden zurückstehen. Begründet wurde die Ablehnung damit, dass die Bauern einen schlechten Herbst gehabt hätten und dazu wurde behauptet, die Lehrerschaft bekunde eine stark nach links tendierende Politik und habe bei den Nationalratswahlen Propaganda betrieben. Im Gefühl, dass man sie habe blosstellen und erniedrigen wollen, hat die Lehrerschaft des Städtchens während zwei Tagen nach der Gemeindeversammlung keine Schule gehalten. Die „Volkswacht am Bodensee“, der wir die Mitteilung entnehmen, sagt dazu: „Es war kein richtiger Streik, sondern eine Demonstration. Bei einem Streik hätte es geheissen: Wir halten keine Schule mehr, bis uns zumindestens volle Genugtuung verschafft ist gegenüber unsern Verleumdern. So machen es jetzt die Berner Lehrer.“

Neuenburg. Der Grosse Rat hat eine Motion erheblich erklärt auf Einführung des wissenschaftlichen antialkoholischen Unterrichts in den Schulen.

Aus dem Kreisschreiben eines Schulinspektors. Herr Schulinspektor Bürki, der durch „höhere Gewalt“ seit längerer Zeit verhindert wird, seine regelmässigen Schulbesuche zu machen, richtet ein Kreisschreiben an die Lehrer seines Kreises, um ihnen einige elementare pädagogische Wahrheiten in Erinnerung zu rufen. Da vielleicht auch hier oder dort ausserhalb des III. Inspektoratskreises seine Mahnungen auf fruchtbaren Boden fallen könnten, so wollen wir hier zwei kurze Worte über „Schulgewohnheiten“ und über „Jugendfürsorge“ zur weitem Kenntnis bringen und geben Herrn Inspektor Bürki das Wort:

Dem Lehrer, dem die Schule allem voransteht, ist es auch ein Anliegen, seine Schüler an allerlei *Gewohnheiten* zu gewöhnen, die ihnen später ihr Fortkommen erleichtern: Fleiss, Ausdauer, Sauberkeit, Sparsamkeit, Dienstfertigkeit, Anstand usw. Man merkt es bald am ganzen Ton und Treiben des Schullebens im Zimmer und draussen, ob in dieser Hinsicht eine veredelnde Beeinflussung stattfindet. Es passen zusammen: Leere Wände oder einige schief hängende alte Tabellen; die wenigen allgemeinen Lehrmittel ungeordnet in einer Ecke, die im Jahr vielleicht nur einmal geräumt und gereinigt wird; Bücher und Hefte der Schüler ungeordnet unter den Tischen, schmutzig, ohne Umschlag, viele zerrissen; die Bücher des Lehrers nicht besser; Besen und Holzhaufen im Schulzimmer; ums Schulhaus herum bis weit in die Dorfgassen hinein Papier-

fetzen; beim Beginn der Pausen stürmen die Schüler schreiend, polternd und sich stossend zur Türe hinaus und finden sich in gleicher Weise wieder ein; in den Aborten: „Da draussen aber ist's fürchterlich!“ (Wie kann ein *Erzieher* die unsittlichen Bilder und Sprüchlein jahrelang stehen lassen?) Und der Unterricht? Die Bücher spielen die Hauptrolle; das Leben kommt zu kurz. Die Schüler sind verschlossen. Auf Fragen, die nicht nur an das Gedächtnis appellieren, sondern an einfaches Denken, erfolgt keine Antwort. Die schriftlichen Arbeiten sind unsauber und schlecht korrigiert.

Das ist ein sehr bedenkliches Bild einer Schule, wie man es glücklicherweise nicht häufig findet. Das Gegenbild trifft man oft gerade auch weit nebenaus in ärmern Gemeinden an: Der Lehrer hat das Schulzimmer ganz wohnlich gestaltet. Nichts ist darin, was man daheim nicht im Wohnzimmer duldet. Alles ist sauber und geordnet. Der Unterricht ist gut vorbereitet. Er geht, wo immer es möglich ist, von der Heimat und vom Leben aus und kehrt dorthin zurück. Die Klasse arbeitet. Es bleibt dabei: Der Lehrer macht die Schule. —

Zum Schlusse möchte ich nicht unterlassen, auch hier wieder darauf hinzuweisen, dass es wohl in fast jeder Schulklasse Kinder gibt, die aus irgendeinem Grunde der besondern Aufmerksamkeit und des Wohlwollens des Lehrers oder der Lehrerin bedürfen. Es sind alle die Fälle, wo Kinder daheim oder in Pflegeplätzen in körperlicher, geistiger oder sittlicher Beziehung Schaden leiden. Mit Recht hat die Unterrichtsdirektion in ihrem Kreisschreiben über „Pflegekinderaufsicht“ (Amtliches Schulblatt vom 30. Juni 1918) die Lehrerschaft aufgerufen zur Mitarbeit in der *Jugendfürsorge*. Es geschieht darin noch viel zu wenig. Haben wir z. B. diesen Winter überall, wo es nötig ist — und es ist fast überall notwendig — eine hinreichende Schülerspeisung? Und wollen wir fernerhin schweigen, wenn wir Kinder in Verhältnissen aufwachsen sehen, wo ihre geistige Entwicklung schwer gehemmt ist und wo sie grossen sittlichen Gefahren ausgesetzt sind? In allen Fällen von Kindergefährdungen besteht für die Lehrer und Lehrerinnen die gesetzliche Anzeigepflicht. Aber es gilt eben auch hier, was von allen Aufgaben des Lehrers und Erziehers: Wenn ihn nicht die Sorge um die Förderung und das Wohl seiner Schüler erfüllt, so bleiben die schönsten gesetzlichen Vorschriften wirkungslos auf dem Papier.

Zur wirtschaftlichen Lage des bernischen Staatspersonals. Der Vorstand des Verbandes der Beamten und Angestellten des Staates Bern wendet sich mit folgendem Aufruf an die Öffentlichkeit:

Der Verband der Beamten und Angestellten des Staates Bern hat, durch die bittere Notlage des grössten Teils des bernischen Staatspersonals gezwungen, an den Regierungsrat und den Grossen Rat das Gesuch um Ausrichtung einer Teuerungszulage pro 1919 von Fr. 800 plus Ortszulagen von Fr. 200—500, sowie einer Kinderzulage von Fr. 90 gestellt. Bei Bewilligung dieser Zulagen wären auf dem Platz Bern die Besoldungen einigermassen denjenigen der Bundes- und Stadtverwaltung angeglichen und dem Staatspersonal die Führung einer wenn auch sehr bescheidenen, so doch menschenwürdigen Lebenshaltung ermöglicht worden. Der Grosse Rat hat auf den Antrag des Regierungsrates und der Staatswirtschaftskommission das Begehren in schroffer Weise abgelehnt und die Ausrichtung von Teuerungszulagen beschlossen, die im Maximum Fr. 450 für einen Verheirateten und im Minimum Fr. 100 für einen Ledigen betragen. Zur Begründung des ablehnenden Entscheides der zuständigen Behörden wurde einmal auf die zu Beginn des Jahres durchgeführte Besoldungsreform und sodann

namentlich auf die Finanzlage des Staates verwiesen. Das Staatspersonal kann beide Argumente nicht als stichhaltig anerkennen. Die Besoldungsreform wurde vom Staatspersonal bereits vor dem Kriege gefordert und holte nur nach, was vom Staate teilweise seit 40 Jahren versäumt worden ist. Um anlässlich ihrer Durchführung die aufgestellten Begehren herabzusetzen, wurde namentlich das untere Personal auf den vermutlich im Jahre 1919 eintretenden Preisabbau verwiesen. Es ist eine notorische Tatsache, dass von einer das Gesamtbudget einer Familie entlastenden Verbilligung der Lebenshaltung nicht die Rede ist, wohl aber weitere Verteuerungen an der Tagesordnung sind.

Die Schlussnahme der Staatsbehörden bedeutet demnach eine unbegreifliche Zurücksetzung des Staatspersonals in seinen vitalen Interessen. Die staatlichen Besoldungen bleiben damit nicht bloss hinter denen der Bundes- und Stadtverwaltung weit zurück, sondern auch hinter denen grösserer Gemeinwesen des Kantons und auch kleinerer auswärtiger Kantone. Das Staatspersonal hat während der Kriegszeit bei ständiger Zunahme der Arbeitslast und spärlichster Verwendung von Aushilfskräften, wie andere Volkskreise, sein Äusserstes geleistet und die Ablehnung seiner berechtigten Forderungen, die auf die Ermöglichung einer auch nur einigermaßen anständigen Lebenshaltung gingen, muss ihm als ein Akt schweren Undankes und reaktionärer Gesinnung erscheinen.

Der unterzeichnete Verband legt hiermit öffentlich gegen den Beschluss des Grossen Rates Verwahrung ein, indem er der Überzeugung ist, dass der Grössteil des Berner Volkes bei genauer Kenntnis der Sachlage die Begründetheit der Ansprüche, die unter voller Würdigung der Finanzlage des Staates und des öffentlichen Wohles gestellt worden sind, einsehen und nicht ruhig dulden würde, dass das Personal, dem es die Staatsverwaltung anvertraut, dem sicheren ökonomischen Ruin entgegengetrieben wird.

Sollte es bei dem grossrätlichen Entscheid, der den persönlichen Bedürfnissen des Personals, aber auch der Staatsverwaltung selbst in keiner Weise entspricht, bleiben, so wird zunehmende Verbitterung des Staatspersonals mit ihren Begleiterscheinungen und auch die Schädigung der Verwaltung selbst die unabweisliche Folge sein!

Bern, den 11. Dezember 1919.

Namens des Verbandes
der Beamten und Angestellten des Staates Bern:

Der Vorstand.

Literarisches.

Der Sonne naa. Neue Gedichte von *Ernst Eschmann*. Zürich, Orell Füssli, Fr. 4.

Der fruchtbare Zürcher Poet, der liebenswürdigsten einer, spendet all denen, die Freude haben an etwas liebem, trautes in der neuen Sammlung einen Strauss Gedichte, die dazu angetan sind, dem Freund der Heimat, der Natur und des Volkstümlichen manch frohen Augenblick zu bereiten. *H. M.*

Allen Kollegen, die sich um die Arbeiterfrage interessieren — und wer wollte das heute nicht tun? — sei das Studium eines Werkes des Basler Hochschullehrers und Direktors des Internationalen Arbeitsamtes *Stephan Bauer* bestens

empfohlen, das sich „*Arbeiterschutz und Völkergemeinschaft*“ nennt (Zürich, Orell Füssli, Fr. 7), worin die Forderungen der internationalen Verträge des Arbeiterschutzes geschichtlich und volkswirtschaftlich begründet werden. *H. M.*

☛ Sämtliche Zuschriften, die Redaktion betreffend, sind an Sekundarlehrer Ernst Zimmermann, Bern, Schulweg 11, zu richten; diejenigen, die Expedition betreffend, an die Buchdruckerei Böhler & Co., Bern.

☛ *Bitte an die Leser: Wir empfehlen unsern Lesern angelegentlich, bei Bedarf die in unserm Blatte inserierenden Geschäfte zu berücksichtigen und dabei das „Berner Schulblatt“ zu nennen.*

Unterstützt das

Schulmuseum

durch die

LOTTERIE

50,000 Treffer im Betrag von Fr. 250,000

Haupttreffer: Fr. 20,000, 10,000, 4000

Lose à Fr. 1 und Ziehungslisten à 20 Cts. sind zu beziehen von der **Gewerbekasse in Bern** gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages mit Porto auf Postcheck-Konto III/2275.

☛ **Gewinn sofort ersichtlich.** ☛

Reinertrag für Schulmuseums-Neubau bestimmt. Auf je 100 Lose 12 Gratislose. Wiederverkäufer gesucht.

Pianos

liefern vorteilhaft auch gegen bequeme Raten

F. Pappé, Söhne

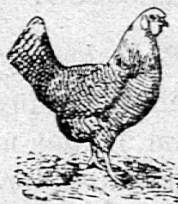
Nachf. v. F. Pappé-Ennemoser

Bern

Kramgasse 54

Tausch.

Lehrer in den waadtländischen Alpen wünscht seinen 15jährigen Sohn, welcher möglichst eine Sekundarschule besuchen soll, tauschweise unterzubringen gegen Tochter gleichen Alters. Offerten sind zu richten an **C. Chapalay**, instituteur in **Vers-l'Eglise**, Ormont-Dessus (Waadt).



Leghühner

die besten die billigsten

Preisliste gratis

M. Marchal
in Murten.



Fr. Stauffer
Hutmacher
Kramgasse 81